



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.

Stand vom 19.06.2025 10:21:19 bis 08.07.2025 14:45:00

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001591
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	19.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	02.07.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Hr. Linow #408 Wegelystr. 3 10623 Berlin Deutschland</p>
	<p>Telefonnummer: +4930398011060 E-Mail-Adressen: dkg-lobbyregister@dkgev.de Webseiten: www.dkgev.de</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit	
Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
1.880.001 bis 1.890.000 Euro	
Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
11,93	

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Gerald Gaß**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Andreas Wagener**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
3. **Prof. Dr. med. Henriette Neumeyer**
Funktion: Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (31):

1. **Dr. rer. pol. Michael Mörsch Diplom-Volkswirt**
2. **Alexander Korthus LL.M.**
3. **Ingo Schliephorst**
4. **Holger Mages Diplom-Politologe**
5. **Andrea Hauser-Wagener LL.M.**
6. **Özlem Acikgöz**
7. **Dorothée Neubert**
8. **Sabrina Krause Diplom-Wirtschaftsingenieurin**
9. **Alexander Beyer LL.M., M.A.**
10. **Dr. med. Michael Brenske**
11. **Dr. med. Thilo Grüning M.Sc.**
12. **Ina Haag**
13. **Markus Holzbrecher-Morys Diplom-Informatiker**
14. **Peer Köpf Diplom-Verw-Wissenschaftler**
15. **Dr. med. Roland Laufer Diplom-Volkswirt**
16. **Joachim Odenbach M.A.**
17. **Urban Roths**
18. **Dr. med. Nicole Schlottmann**
19. **Maike Visarius M.A.**
20. **Dr. phil. Jörn Wegner M.A.**
21. **Marius Korte M.A.**
22. **Michael Draheim M.Sc.**

23. Stefan Koerdt Diplom-Kaufmann (FH)

24. Oliver Wiedmann M.Sc.

25. Kim Klecha M.A.

26. Dr. med. Lisa Brandl

27. Jochen Vaillant Dipl.-Sozialökonom

28. Luca Torzilli M.A.

29. Dr. Gerald Gaß

30. Andreas Wagener

31. Prof. Dr. med. Henriette Neumeyer

Gesamtzahl der Mitglieder:

28 Mitglieder am 21.03.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. HOPE - European Hospital and Healthcare Federation
2. IHF - International Hospital Federation
3. NKS - Nationale Kontaktstelle für EU-Patienten
4. Exportinitiative Gesundheitswirtschaft
5. Europäische Bewegung Deutschland (EBD)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (3):

Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als Bundesverband steht die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) für 28 Mitgliedsverbände von Krankenhausträgern: 16 Landesverbände, 12 Spitzenverbände. Mit dieser Trägervielfalt repräsentiert die Deutsche Krankenhausgesellschaft die gesamte Breite der Krankenhausinteressen.

Die DKG unterstützt die Krankenhäuser in der Bundespolitik. Sie setzt sich als Dachverband der Krankenhausträger für die Interessen und Belange der Krankenhäuser ein. Als Stimme der Krankenhäuser vertritt die DKG die Krankenhäuser bei allen gesundheitspolitischen Entscheidungen, daher sind die sorgfältige Analyse der aktuellen Gesundheitspolitik und die Öffentlichkeitsarbeit weitere zentrale Aufgaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Um die Rahmenbedingungen für Krankenhäuser zu verbessern, stehen wir im ständigen Dialog mit

allen politischen Ebenen. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende, Informationsveranstaltungen und Empfänge durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete, sowie Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir die Öffentlichkeit und auch die Politik allgemein zu krankenhausspezifischen Themen.

Auf europäischer und internationaler Ebene vertritt die DKG die deutschen Krankenhäuser in der International Hospital Federation (IHF) und im Europäischen Krankenhausverband (European Hospital and Healthcare Federation/HOPE).

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Aufnahme neuer & Änderung bestehender Regelungen zur Sicherstellung stationärer Versorgung im KHVVG

Beschreibung:

Aus Sicht der DKG wird die Krankenhausreform nicht nur die Krankenhausfinanzierung sondern auch die Krankenhausplanung nachhaltig verändern. Die DKG verfolgt das Ziel, im Rahmen ihrer Interessenvertretung sicherzustellen, dass die notwendige Strukturreform Länderbefugnisse und damit Sicherstellungsaspekte achtet. Überdies wird das Ziel der Sicherstellung einer adäquaten Leistungserbringung und Krankenhausfinanzierung nach dem neuen System der Leistungsgruppen und Vorhaltepauschalen verfolgt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

- SG2409190006 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

- SG2409190008 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Änderung bzw. Ergänzung der EU-Verordnung (EU) 2017/745 (Medical Device Regulation - MDR)

Beschreibung:

Die DKG verfolgt das Ziel, die EU-Verordnung (EU) 2017/745 (Medical Device Regulation - MDR) zu ändern bzw. neue Regelungen darin aufzunehmen, um die Sicherstellung einer adäquaten Versorgung von Patienten mit dringend benötigten Medizinprodukten sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

MPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2403260001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Änderung des Pflegepersonalgesetzes, um die Heilkundeübertragung an Pflegepersonal krankenhauskonforme umzusetzen.

Beschreibung:

Mit dem Pflegekompetenzgesetz soll die Pflege zusätzliche Aufgaben (Heilkundeübertragung) erhalten, auch bereits im Rahmen der Pflegeausbildung. Auch für Bestandsbeschäftigte soll es Lösungen geben. Des Weiteren ist geplant, eine berufsständische Vertretung der Pflege auf Bundesebene (z.B. Bundespflegekammer) einzurichten, die u.a. für die Muster-Weiterbildungsordnung und Berufsordnung zuständig sein soll.

Aus Sicht der DKG ist die vorgesehene Aufwertung der Pflege zu begrüßen. Wir fordern und fördern schon seit langer Zeit Delegation und Substitution von ärztlichen Aufgaben auf die Pflege. Die DKG wird im Rahmen ihrer Interessenvertretung sicherzustellen versuchen, die krankenhauskonforme Umsetzung der Heilkundeübertragung sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

4. Änderung und Ergänzung des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GSVG)

Beschreibung:

Der Gesetzgeber verfolgt insbesondere das Ziel einer Stärkung der hausärztlichen Versorgung. Aus Krankenhaussicht stehen die Regelungen zum G-BA sowie zum Entfall des Zusatzentgeltes für Covid-Testungen im Fokus. Die DKG begrüßt die Erweiterungen zu den Stellungnahmerekten der Fachgesellschaften sowie die Aufnahme von Regelungen zu hybriden und digitalen Sitzungen in die Geschäftsordnung. Ergänzend setzt sich die DKG dafür ein, die Refinanzierung der Personalkosten für approbierte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten durch eine Anpassung der BPfIV gesetzlich zu regeln.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; AMG 1976 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

5. Änderung und Ergänzung des Medizinforschungsgesetzes (MFG)

Beschreibung:

Das MFG verfolgt das Ziel, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Zulassung und Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten in Deutschland zu verbessern. Die DKG begrüßt den geplanten Bürokratieabbau, die Beschleunigung von Verfahren und die Verzahnung strahlenschutzrechtlicher Anzeige- und Genehmigungsverfahren. Überdies setzt sich die DKG dafür ein, die umfassende Fachexpertise in den bereits etablierten Ethikkommissionen zu erhalten und einen Verlust von in Deutschland bereits vorgehaltener Expertise zu verhindern. Die DKG fordert die Erweiterung der Belieferungspflicht mit

Arzneimitteln durch pharmazeutische Unternehmer auch auf Krankenhäuser und die Reduktion der Dokumentationspflicht für Krankenhäuser bei Import-Arzneimitteln im Falle von Lieferengpässen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 155/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Medizinforschungsgesetz (MFG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11561 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Medizinforschungsgesetz (MFG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AMG 1976 [alle RV hierzu]; MPDG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407090017 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

6. Änderung und Ergänzung der EU-Arzneimittelverordnung

Beschreibung:

Der Verordnungsvorschlag ist Teil der umfassendsten Reform des EU-Arzneimittelrechts seit 20 Jahren. Aus Sicht der DKG ist hierbei besonders wichtig, dass Lieferengpässe von Arzneimitteln auf allen Ebenen bekämpft werden und die Versorgung von Krankenhäusern mit dringend benötigten Arzneimitteln sichergestellt wird.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 453/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Verfahren der Union für die Zulassung und Überwachung von Humanarzneimitteln und

zur Festlegung von Vorschriften für die Europäische Arzneimittel-Agentur, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 und der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004, der Verordnung (EG) Nr. 141/2000 und der Verordnung (EG) Nr. 1901/2006

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]

7. Änderung und Ergänzung der EU-Arzneimittelrichtlinie

Beschreibung:

Der Richtlinienvorschlag ist Teil der umfassendsten Reform des EU-Arzneimittelrechts seit 20 Jahren. Aus Sicht der DKG ist hierbei die Fortführung der Regelung zur Krankenhausausnahme für Arzneimittel für neuartige Therapien (ATMP hospital exemption) besonders wichtig. Diese ermöglicht die Forschung und Entwicklung von revolutionären Therapieoptionen, insbesondere für seltene und onkologische Krankheiten, für die bisher oft keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung standen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 452/23 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Unionskodexes für Humanarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/83/EG und der Richtlinie 2009/35/EG

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- [**SG2412130026** \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

8. Regelungen zur Novellierung der Lebendorganspende im Dritten Gesetz zur Änderung des TPG

Beschreibung:

Ziel des Gesetzentwurfs ist die gesetzliche Verankerung der Überkreuzlebendnierenspende. Gleichzeitig soll die nicht gerichtete, anonyme Lebendnierenspende („altruistische Spende“) ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang wird eine Stärkung des Spenderschutzes angestrebt. Die DKG unterstützt das grundsätzliche Vorhaben und begrüßt die grundlegenden Vorschläge des Referentenentwurfs. Die DKG begrüßt auch die avisierten Maßnahmen zum Spenderschutz, fordert jedoch deren kostendeckende Refinanzierung. Kritisch sieht die DKG die Möglichkeiten der Ärzte, sich über die Empfehlungen der

verpflichtenden psychosozialen Beratung und die Empfehlungen bzw. Entscheidungen der Lebendspendekommission hinwegzusetzen. Etwaige Empfehlungen sollten statt dessen verbindlichen Charakter erhalten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 378/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Drittes Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13252 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Drittes Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TPG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; AMG 1976 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

9. Schaffung bzw. Änderung von Regelungen zur Vermeidung der Klassifizierung von Ethanol als CMR-Substanz

Beschreibung:

Vermeidung einer EU-weiten Klassifizierung von Ethanol als Wirkstoff in Desinfektionsmitteln als CMR- (karzinogene, mutagene oder reprotoxische) Substanz, um die Verfügbarkeit ethanolhaltiger Desinfektionsmittel und deren Einsatz in der Gesundheitsversorgung in bisherigem Umfang sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

ChemBiozidDV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2501090016 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2501090017](#) (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

3. [SG2501100003](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

4. [SG2501100004](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. [SG2501100005](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. [SG2506190012](#) (PDF)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

10. Vorschläge zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Rahmen der Koalitionsverhandlungen

Beschreibung:

Konsequente Deregulierung, Hinwendung zu Anreizsystemen und umfassendem Bürokratieabbau.
Versorgungssicherheit schaffen und Finanzierung sicherstellen.
Fachkräftesicherung erreichen.
Qualitätssicherung und -verbesserung erreichen.
Konsequente ambulante Öffnung von Krankenhäusern und Stärkung sektorenübergreifender Versorgung erreichen.
Effizienten Personaleinsatz sicherstellen.
Digitalisierung voranbringen.
Notfallversorgung optimieren.
Psychiatrische und psychosomatische Versorgung sicherstellen und optimieren.
Arzneimittelversorgung sicherstellen und optimieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; AMG 1976 [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

- SG2506190007 (PDF - 7 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 10.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

- SG2506190009 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 10.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

14.070.001 bis 14.080.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.
2. Bayerische Krankenhausgesellschaft e.V.
3. Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Bilanz-GuV-2023.pdf](#)